



VOX-Analyse September 2022

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 29. September 2022

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Tobias Keller: Projektleiter

Aaron Venetz: Projektleiter Dataprojekte/Programmierer

Olga Jenzer: Wissenschaftliche Mitarbeiterin Data Science

Alessandro Pagani: Stage Data Science

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin / Mitarbeiterin Administration

Roland Rey: Mitarbeiter Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	8
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	12
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	12
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	13
3.3	Die Informationsgewinnung	14
4	MASSERTIERHALTUNGSINITIATIVE	17
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	17
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	18
4.3	Die Motive	21
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	23
5	MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG	25
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	25
5.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	26
5.3	Die Motive	30
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	33
6	AHV-REFORM	35
6.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	35
6.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	36
6.3	Die Motive	40
6.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	43
7	ZUSATZAUSWERTUNG: VERSCHIEDEN-STIMMENDE BEI DEN AHV-VORLAGEN	45
8	VERRECHNUNGSSTEUER	46
8.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	46
8.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	47
8.3	Die Motive	50
8.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	53
10	ANHANG	55
10.1	Technischer Bericht	55
10.2	Über die Studie	59
10.3	gfs.bern-Team	61

1 Die zentralen Befunde

Die Abstimmung am 25. September 2022 hat Männer und Frauen zum Abstimmen bewegt. Generell galt die AHV-Revision als klar wichtigste Vorlage. Während Männer die AHV-Reform klar angenommen haben, haben Frauen sie klar abgelehnt. Es resultierte der grösste Unterschied zwischen den Geschlechtern aus allen verfügbaren Nachanalysen eidgenössischer Urnengänge. Die zentralen Argumente für die Ja-Seite waren, dass die AHV-Stabilisierung dringend und notwendig sei sowie die Kosten nicht auf die nächste Generation abgewälzt werden dürfe. Für die Nein-Seite ging es vor allem darum, dass die AHV-Reform nicht auf Kosten der Frauen durchgeführt werden dürfe und diese Mehrkosten auch für Einkommensschwache und die Mittelschicht in der aktuellen Teuerung nicht tragbar sind. Die knappe Mehrheit des Stimmvolks hat schliesslich der AHV-Reform zugestimmt. Ausserdem zeichnet sich ein Trend ab, dass Onlinemedien-Nutzende vermehrt behördenkritisch abstimmen – wie auch bei der AHV-Reform. Die anderen beiden Vorlagen wurden hingegen abgelehnt: Die Massentierhaltungsinitiative hat ein strengeres Tierschutzgesetz erwirken wollen, doch für die grosse Mehrheit des Stimmvolks hat die Schweiz bereits ein genug strenges Tierschutzgesetz, und sie wollten nicht das Risiko eingehen, dass bei der aktuellen Teuerung die Preise für Fleisch weiter steigen. Die Verrechnungssteuer wurde ebenfalls abgelehnt. Das Referendum war erfolgreich, obwohl viele Stimmende der Vorlage eine geringe Bedeutung beimassen. Mitentscheidend für das Nein waren die Geschlossenheit der Linken und die konkret gegen die Wirtschaft formulierten Befürchtungen von Steuerausfällen auf Kosten der Normalbürger. Erneut zeigte sich ein vergleichsweise grosser Unterschied beim Stimmverhalten zwischen Männern und Frauen. Mit der Nein-Mehrheit setzten sich in diesem Fall die Frauen gegen die Männer durch. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'112 Stimmberechtigten der VOX-Analyse September 2022. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Aktuelles Tierschutzgesetz der Schweiz schützt Nutztiere gut genug Massentierhaltungsinitiative

Die Massentierhaltungsinitiative fordert, dass das Tierschutzgesetz verschärft wird, unter anderem um eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege von Nutztieren sowie kleine Gruppengrössen einzuführen. Die Gegnerschaft argumentiert, dass Nutztiere in der Schweiz schon sehr gut geschützt sind. Die Initiative wurde mit rund 63 Prozent vom Stimmvolk abgelehnt. Von Mitte-Rechts kam ein klares Nein. Sie vertrauen den Landwirten und wünschen sich grundsätzlich weniger Markteingriffe vom Staat. Für sie ist klar, dass das aktuelle Tierschutzgesetz ausreicht und die Umsetzung einen Preisanstieg zur Folge hätte. Die Ja-Stimmenden hingegen verorten sich links-grün und vertrauen Tierschutzorganisationen eher als der Bauernschaft. Für sie war entscheidend, dass das Tierwohl stärker geschützt wird, der Wandel vom Fleischkonsum vorangetrieben wird und damit auch ökologische Aspekte in den Vordergrund treten können. Der zentrale Streitpunkt der Ja- und Nein-Stimmenden war, ob nun das Tierschutzgesetz der Schweiz genügend streng ist – und zumindest das Stimmvolk hat diesbezüglich klar Ja gesagt.

Trotz einem Nein der Frauen: das Frauenrentenalter wird erhöht und die AHV-Reform durchgeführt

Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV21)

Die AHV-Reform besteht aus zwei miteinander verknüpften Vorlagen: Erhöhung der Mehrwertsteuer einerseits und Anpassungen der Leistungen der AHV andererseits. Wäre eine der beiden Vorlagen gescheitert, wäre die ganze Reform gescheitert. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer trägt zur finanziellen Sicherung der AHV bei. Die AHV-Änderung betrifft die Anpassung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre. Die Gegnerschaft ist gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, weil sie auch einen Teil der Gewinne der Nationalbank der AHV geben wollten, und gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters, weil selbige einseitig auf Kosten der Frauen geht. Das Stimmvolk hat beide Vorlagen angenommen (55% resp. 51% Ja-Anteil).

Bei diesen Vorlagen zeigten sich zwei Gräben: Geschlecht und Parteisympathie. Männer sagten mit 66 Prozent Ja zur Mehrwertsteuererhöhung und mit 64 Prozent Ja zur AHV-Revision, Frauen hingegen klar Nein zu beiden Vorlagen (45% Ja-Anteil resp. 38% Ja-Anteil). Ein solch grosser Unterschied beim Geschlecht gab es bisher in keiner VOX-Analyse. Ausserdem haben sich Frauen später zu einer Entscheidung durchgerungen: 13 Prozent haben bei der Mehrwertsteuererhöhung «im letzten Moment» gestimmt, wohingegen durchschnittliche 7 Prozent der Männer sich erst ganz am Schluss entschieden haben. Für das Gros der Männer gibt es keinen Grund, dass Frauen früher pensioniert werden als Männer. Frauen hingegen verlangen gleichen Lohn für gleiche Arbeit, bevor die Rentenhaltererhöhung diskutiert wird. Der andere Graben verlief über die Parteisympathien: Während SP- und Grüne (sowie Parteiungebundene) deutlich Nein sagten, waren Sympathisierende von allen anderen Parteien klar dafür.

Insgesamt haben bei der Mehrwertsteuererhöhung (aber nicht bei der AHV-Vorlage) Personen, die sich als «links» einstufen, nur ganz knapp mehrheitlich Nein gestimmt (49% Ja-Anteil), wohingegen Personen von «links aussen» klar Nein gestimmt haben. Mit anderen Worten gab es bei der Mehrwertsteuererhöhung eine klare Ja-Mehrheit von einer breiten Mitte bis nach rechts aussen. Das war bei der AHV-Revision nicht der Fall.

Für die Ja-Seite ist klar, dass die Stabilisierung der AHV dringend und notwendig ist – und die vorgeschlagene Lösung fair. Für die Nein-Seite geht die AHV-Reform aber auf Kosten von Einkommenschwachen und der Mittelschicht – sowie der Frauen. Die Frauen werden doppelt bestraft, da sie bereits heute einen Drittel weniger Rente als die Männer erhalten. Ausserdem ist die aktuelle Teuerung für die betroffenen Personengruppen aktuell schon kostspielig genug. Dennoch haben sich die Pro-Argumente durchgesetzt, zum Teil auch aus solidarischen Gründen. Denn es ist ungerecht, die AHV auf Kosten der nächsten Generation finanziell auszuhöhlen, aber vor allem ist die AHV-Reform dringend nötig, auch weil die Menschen immer älter werden und länger AHV-Beiträge beziehen.

Insgesamt hat das Stimmvolk knapp Ja zur finanziellen Stabilisierung der AHV gesagt. Dabei ist die Mehrwertsteuererhöhung von einer breiten Mehrheit angenommen worden. Die AHV-Änderung hingegen ist auf grossen Widerstand aufseiten der (jungen)

Frauen gestossen, die zukünftig umso stärker auf Geschlechtergerechtigkeit – und insbesondere Lohngleichheit – pochen werden, da sie mit der Erhöhung des Frauenrentenalters einen klaren Beitrag zur Stabilisierung der AHV leisten.

Geschlossene Linke und Frauen bringen Verrechnungssteuer zu Fall Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer

Mit der Aufhebung der Verrechnungssteuer auf Zinsen für in der Schweiz ausgegebene Obligationen sollte ein Teil des Obligationengeschäfts in die Schweiz geholt werden. SP, Gewerkschaften und Grüne haben dagegen mit Verweis auf mögliche Steuerkriminalität von Unternehmen das Referendum ergriffen. Die Stimmenden haben die Vorlage mit einer Mehrheit von 52 Prozent abgelehnt. Das Resultat fiel knapper aus als bei der Aufhebung der Stempelabgabe am 13. Februar 2022, war aber das zweite erfolgreiche Referendum der Linken gegen eine Steuervorlage im gleichen Jahr und insgesamt das fünfte erfolgreiche Referendum der Linken in der Legislatur. Die Diskussion verlief etwas im Schatten der anderen Vorlagen: Der Vorlage wurde auch die geringste individuelle Bedeutung aller Abstimmungen vom 25. September 2022 zugeschrieben. Für den Erfolg ausschlaggebend war die Geschlossenheit der Linken. So stimmten gerade einmal 7 Prozent der Anhängerschaft der Grünen und 22 Prozent der SP-Anhängerschaft für die Vorlage. Wer sich selber in der Mitte oder rechts davon positionierte, nahm die Vorlage mehrheitlich an. Entscheidend für das Nein war auch das Vertrauen in die Gewerkschaften und ein Misstrauen den Konzernen gegenüber. Im Gegensatz zum AHV-Gesetz setzten sich bei der Verrechnungssteuer die Frauen durch. Sie stimmten dem Gesetz nur zu 40 Prozent zu, während die Männer der Vorlage mit 56 Prozent zugestimmt haben. Die offen genannten Motive der Ja-Seite blieben eher vage im Sinne des Wirtschaftsstandorts, und das konkrete Arbeitsplatzargument wurde kaum aktiv genannt. Die Nein-Seite übernahm dagegen die konkrete Kritik des Referendumskomitees. Viele empfanden Steuererleichterungen für Unternehmen als ungerecht und befürchteten, dass Normalbürger im Gegenzug stärker belastet werden.

Stärkste Mobilisierung im Abstimmungsjahr 2022

Die Beteiligung

Die Beteiligung am 29. September 2022 liegt mit rund 52 Prozent deutlich höher als im Mai 2022 (40% Stimmbeteiligung) und Februar 2022 (44% Stimmbeteiligung). Somit liegt der Mittelwert der Stimmbeteiligung bei rund 45 Prozent. Die persönliche Bedeutung der Vorlagen im September ist insgesamt durchschnittlich: Während die Verrechnungssteuer mit 6.0 (von 10) und die Massentierhaltungsinitiative mit 6.7 von relativ tiefer Bedeutung sind, war sie bei Mehrwertsteuererhöhung mit 7.4 im Durchschnitt und AHV-Revision mit 8.1 relativ hoch, jedoch nicht so hoch wie die der COVID-19-Abstimmung im November 2021 mit einer Bedeutung von 8.8.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 25. September hatte das Schweizer Stimmvolk über vier Vorlagen zu entscheiden. Die Massentierhaltungsinitiative und die Verrechnungssteuer wurden abgelehnt, die Mehrwertsteuerhöhung und die AHV-Revision wurden angenommen.

2 Die Beteiligung

Am 25. September 2022 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende vier Vorlagen abgestimmt:

1. Massentierhaltungsinitiative
2. Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
3. Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV21)
4. Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer

Die Stimmbeteiligung betrug bei der Massentierhaltungsinitiative rund 52,3 Prozent, bei der Mehrwertsteuererhöhung, der AHV 21 und der Verrechnungssteuer rund 52,2%.¹ Die dritte Abstimmung im 2022 hat sehr viel mehr Menschen zum Abstimmen bewegt als die anderen beiden im Jahr 2022. Somit war dies die bedeutendste Abstimmung im 2022, auch wenn die Stimmbeteiligung nicht an die Abstimmungen im 2021 herankommt. Und mit rund 52 Prozent liegt die Stimmbeteiligung ziemlich genau im Mittel der laufenden Legislatur (52,6% Stimmbeteiligung ohne Abstimmung vom 25. September 2022).

In Tabelle 1 wird die geschätzte Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Jüngere nehmen in hohem Mass je nach Vorlagen-Interesse teil, während gerade bei älteren Männern die Teilnahme noch als Bürgerpflicht verstanden wird. Das erklärt weiterhin die hohen Unterschiede nach Alter und die insgesamt geringfügigen Unterschiede nach Geschlecht mit. Klar überdurchschnittlich haben sich Männer und Frauen über 65 Jahren beteiligt (76% resp. 63%), klar unterdurchschnittlich die Altersgruppe der 18- bis 39-Jährigen (ca. 41%).

Ein akademischer Bildungshintergrund und die Zugehörigkeit zu einer höheren Einkommensschicht befördern wie üblich die systematische Beteiligung unabhängig vom Interesse an den einzelnen Vorlagen.

Tabelle 1: Geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	52.3	3072	
Alter			V=.23***
18-29 Jahre	40	391	± 4.9
30-39 Jahre	41	421	± 4.7
40-49 Jahre	45	511	± 4.3
50-59 Jahre	53	648	± 3.8
60-69 Jahre	61	554	± 4.1
70 Jahre und älter	70	547	± 3.8

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://www.bfs.admin.ch)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Geschlecht			V=.02
Frauen	51	1562	± 2.5
Männer	53	1510	± 2.5
Geschlecht und Alter			V=.22***
Frauen / 18-39 Jahre	42	437	± 4.6
Männer / 18-39 Jahre	39	375	± 4.9
Frauen / 40-65 Jahre	51	724	± 3.6
Männer / 40-65 Jahre	52	730	± 3.6
Frauen / 65+ Jahre	63	401	± 4.7
Männer / 65+ Jahre	76	405	± 4.2
Bildungsgrad			V=.11***
ohne nachobligatorische Bildung	45	312	± 5.5
berufliche Grundbildung/Berufslehre	48	998	± 3.1
Maturität/höhere Berufsbildung	57	820	± 3.4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	58	819	± 3.4
Haushaltseinkommen			V=.14***
bis 3'000 CHF	32	144	± 7.7
3'000-5'000 CHF	49	384	± 5
5'000-7'000 CHF	52	495	± 4.4
7'000-9'000 CHF	52	469	± 4.5
9'000-11'000 CHF	59	377	± 5
über 11'000 CHF	60	744	± 3.5

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Standardfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die politische Orientierung und die politische Bindung sind ebenfalls von Bedeutung, um die Mobilisierung zu erklären (Tabelle 2). Der Mix der Vorlagen brachte Potenzial einer starken Mobilisierung von links, über das politische Zentrum und von rechts: am stärksten wurden Personen, die sich politisch «links aussen» einstufen, mobilisiert: 73 Prozent gingen an die Urne. Aber auch «rechts aussen» wurde stark mobilisiert (63%). «Links» und «rechts» wurden mit 58% ebenfalls stark mobilisiert, das politische Zentrum mit 47 Prozent unterdurchschnittlich stark. Dieses Muster spiegelt sich auch in der Variable Parteisympathie: Die Sympathisierenden der Grünen und der SVP wurden mit 67 Prozent am stärksten mobilisiert, FDP- und SP-Sympathisierende mit 61 Prozent, Die Mitte-Sympathisierende mit 59 Prozent und GLP-Sympathisierende mit 52 Prozent am wenigsten stark mobilisiert. Mit anderen Worten konnten die beiden polit-ideologischen

Flügel sehr stark mobilisieren und somit ihre politische Durchschlagskraft aneinander-messen.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	52.3	3072	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.16***
linksaussen (0-2)	73	315	± 4.9
links (3,4)	58	583	± 4
Mitte (5)	47	825	± 3.4
rechts (6,7)	58	625	± 3.9
rechtsaussen (8-10)	63	341	± 5.1
Parteisympathie			V=.21***
SVP	67	447	± 4.4
FDP	61	347	± 5.1
Die Mitte	59	482	± 4.4
GLP	52	484	± 4.5
SP	61	223	± 6.4
Grüne	67	199	± 6.5
andere Partei	48	164	± 7.7
Keine	34	341	± 5
Politisches Interesse			V=.45***
sehr interessiert	82	529	± 3.3
eher interessiert	65	1562	± 2.4
eher nicht interessiert	28	782	± 3.1
überhaupt nicht interessiert	13	161	± 5.1
Vertrauen in den Bundesrat			V=.06*
sehr gering bis gering (0-4)	48	421	± 4.8
mittel (5)	50	657	± 3.8
hoch (6-7)	54	830	± 3.4
sehr hoch (8-10)	56	1030	± 3

Wie an vielen Abstimmungen gab das Gros der Stimmbevölkerung, die nicht abgestimmt hat, an, dass sie vergessen haben teilzunehmen (32%) resp. verhindert waren (29%). Je rund 10 Prozent gaben an, dass sie sich nicht entscheiden konnten, ihre Stimme nichts ändern und sie grundsätzlich nicht teilnehmen würden. 7 Prozent gaben an, dass es auf ihre Stimme nicht ankomme, 6 Prozent, dass sie die Themen nicht interessiert hätten und 5 Prozent, dass die Abstimmung zu kompliziert war. 4 Prozent misstrauen demokratischen Prozessen und 3 Prozent gingen davon aus, dass das Resultat sowieso bereits klar gewesen sei.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	geschätzter Anteil (%) (gewichtet)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen.	32	250
Ich war verhindert.	29	215
Ich konnte mich nicht entscheiden	10	74
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern.	10	73
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil.	9	64
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt.	7	63
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert.	6	40
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert.	5	38
Ich misstrau demokratischen Prozessen.	4	33
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist.	3	22
weiss nicht / keine Angabe	6	45

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 1'175. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabellen 4 und 5). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0-10 für die Massentierhaltungsinitiative 6.7, für die Mehrwertsteuererhöhung 7.4, für die AHV-Reform 8.1 und die Verrechnungssteuer 6. Damit war die AHV-Reform mit Abstand die wichtigste Vorlage für die Stimmbevölkerung (aber nicht so wichtig wie die COVID-19-Abstimmung im November 2021 mit 8.8), die Verrechnungssteuer die unbedeutendste.

Tabelle 4: Persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Massentierhaltungsinitiative		Erhöhung der Mehrwertsteuer (AHV-Finanzierung)	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	7	144	2	40
gering (2-4)	12	290	9	182
mittel (5)	12	295	14	249
hoch (6-8)	38	866	39	884
sehr hoch (9-10)	31	590	37	789
Mittelwert (total)	6.7	2185	7.4	2144

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Tabelle 5: Persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	AHV Revision		Verrechnungssteuer	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	2	38	5	87
gering (2-4)	5	110	20	379
mittel (5)	8	171	21	390
hoch (6-8)	33	725	37	722
sehr hoch (9-10)	52	1094	17	306
Mittelwert (total)	8.1	2138	6.0	1884

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Da die Inhalte der Massentierhaltungsinitiative für 90 Prozent leicht verständlich waren, ergab dies einen sehr hohen Wert (z.B. fast so hoch wie bei «Ehe für alle» mit 92% im September 2021, aber höher als Covid-19-Gesetz mit 85% im November 2021). Aber auch die Mehrwertsteuererhöhung und die AHV-Revision waren für drei von vier Personen des Stimmvolks klar. Lediglich die Inhalte der Verrechnungssteuer waren schwierig: 48 Prozent gaben an, dass sie Schwierigkeiten beim Verständnis dieser Vorlage hatten.

Tabelle 6: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Massentierhaltungsinitiative		Erhöhung der Mehrwertsteuer (AHV-Finanzierung)	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	90	1850	75	1554
eher schwer	10	271	25	515
N (total)		2121		2069

Tabelle 7: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	AHV Revision		Verrechnungssteuer	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	76	1529	52	902
eher schwer	24	498	48	868
N (total)		2027		1770

Die Befragten gaben an, wann sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabellen 8 und 9). Bei der Massentierhaltungsinitiative gaben 71 Prozent an, von Anfang an entschieden gewesen zu sein, rund ein Viertel während des Abstimmungskampf und 5 Prozent im letzten Moment. Bei der Mehrwertsteuererhöhung und der AHV-Reform waren es rund 60 Prozent, denen es von Anfang an klar war, rund 27 Prozent während des Abstimmungskampfes und 10 Prozent im letzten Moment. Während die Verrechnungssteuer nicht nur inhaltlich für viele schwierig war, entschieden sich auch rund 40 Prozent während des Abstimmungskampfes und rund 20 Prozent im letzten Moment.

Tabelle 8: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Massentierhaltungsinitiative		Erhöhung der Mehrwertsteuer (AHV-Finanzierung)	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	71	1448	59	1221
während Abstimmungskampf	23	556	31	668
im letzten Moment	5	142	10	216
N (total)		2146		2105

Tabelle 9: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	AHV Revision		Verrechnungssteuer	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	66	1316	43	747
während Abstimmungskampf	25	558	39	692
im letzten Moment	9	183	18	343
N (total)		2057		1782

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, entsprechen grundsätzlich dem Bild vorhergehender Abstimmungen (Tabelle 10). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1-10), mittels der sie sich mit diesem Medium informiert haben.

Das Bundesbüchlein (84%), Artikel in Zeitungen (82%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (75%) waren wieder einmal die drei zentralen Informationskanäle, um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von 6 bis 6.7 auch intensiver als alle übrigen beachtet.

Abstimmungssendungen am Radio (62%) und Abstimmungszeitungen/Flyers (62%) wurden ebenfalls oft verwendet, jedoch mit geringerer Intensität (5.3). Inserate in Zeitungen (57%), Leserbriefe resp. Leserkommentare (56%), Strassenplakate (55%) und Meinungsumfragen (51%) wurden noch von etwas mehr als der Hälfte genutzt. Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz, soziale Medien und Filme sowie Videoclips wurden von etwas mehr als einem Drittel genutzt. Die Vote-Info-App wurde von allen Medien am wenigsten beachtet (31%), aber mit hoher Intensität genutzt (5.2).

Tabelle 10: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
das Bundesbüchlein	84	6.7	1960
Artikel in Zeitungen	82	6.3	1874
Abstimmungssendungen am Fernsehen	75	6	1740
News-Seiten im Internet	66	5.3	1496
Abstimmungssendungen am Radio	62	5.3	1493
Abstimmungszeitungen oder Flyers	62	4.6	1439
Inserate in Zeitungen	57	4	1302
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	56	4.2	1257
Strassenplakate	55	3.3	1269
Meinungsumfragen	51	4.1	1192
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	46	4.2	1053
Mitteilungen am Arbeitsplatz	38	4.2	877
Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	32	4.1	777
Filme und Videoclips im Internet zum Beispiel auf Youtube	34	4.1	802
VoteInfo-App vom Bund	31	5.2	714

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte ("Nutzungsanteil in %") gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte ("Nutzungsintensität") informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Total: n = 2'327.

Die grundsätzliche Mediennutzung hat bei den vier Vorlagen unterschiedliche Muster hervorgebracht: Bei der Massentierhaltungsinitiative gab es vergleichsweise einen höheren Ja-Anteil bei «Online-Nutzenden» (49% vs. 31%), bei den anderen drei Vorlagen war der Ja-Anteil aber bei «Offline»- resp. «beides etwa gleich»-Nutzenden höher. Insbesondere bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer fällt auf, dass 44 Prozent der Online-Nutzenden Ja gestimmt haben, hingegen waren es bei den Offline-Nutzenden 59 Prozent.

Tabelle 11: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Massentierhaltungsinitiative			Erhöhung der Mehrwertsteuer (AHV-Finanzierung)		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	49	359	± 5.2	44	353	± 5.2
beides etwa gleich	38	888	± 3.2	58	871	± 3.3
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	31	827	± 3.2	59	823	± 3.4
N (total) / Cramérs V		2074	V=.13***		2047	V=.12***

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal "online" angegeben und bei der Massentierhaltungsinitiative abgestimmt haben, stimmten 49 Prozent Ja zur Massentierhaltungsinitiative.

Tabelle 12: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	AHV-Revision			Verrechnungssteuer		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	43	352	± 5.2	39	309	± 5.4
beides etwa gleich	54	865	± 3.3	49	783	± 3.5
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	53	815	± 3.4	52	727	± 3.6
N (total) / Cramérs V		2032	V=.08**		1819	V=.09**

Gewichtete Resultate.

4 Massentierhaltungsinitiative

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Am 17. September 2019 wurde die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» oder kurz «Massentierhaltungsinitiative» mit 106'125 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Das Initiativkomitee wird unterstützt von Politiker:innen aus dem gesamten politischen Spektrum von Grüne bis zu SVP, wie auch von Umweltorganisationen.

Die Initiative fordert die Verankerung der Würde von Nutztieren in der Verfassung und das Verbot von Massentierhaltung. Dazu sollen die Mindestanforderungen in der Tierhaltung für alle Landwirtschaftsbetriebe erhöht werden und sich an den Bio-Suisse Richtlinien von 2018 orientieren. Diese Anforderungen sollen ebenfalls auf den Import von Tieren und von tierischen Erzeugnissen zu Ernährungszwecken ausgeweitet werden. Neben den ethischen Argumenten geht es den Initiant:innen vor allem um die Reduzierung des Fleischkonsums und dessen positive Auswirkung auf die Umwelt.

Bundesrat und Parlament gehen die Forderungen der Initiative zu weit. Bereits heute sei das Tierwohl und die Würde des Tiers gesetzlich verankert. Durch die generelle Verpflichtung zu Bio-Standards würden viele Lebensmittel erheblich verteuert werden und die Wahlfreiheit der Konsument:innen würde eingeschränkt werden. Die höheren Standards bei den Import-Produkten wären sehr schwierig umzusetzen und würden internationale Handelsabkommen verletzen.

SP, Grüne und GLP fassten die Ja-Parole, Mitte, FDP und SVP sprachen sich gegen die Initiative aus.

Die Massentierhaltungsinitiative wurde am 25. September 2022 mit 62.9Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Einzig im Halbkanton Basel-Stadt fand das Anliegen der Initiant:innen eine Mehrheit, von allen anderen Standesstimmen wurde die Initiative abgelehnt.

4.2 Der Stimmenscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN liefern Hinweise, weshalb die Massentierhaltungsinitiative abgelehnt wurde (Tabelle 13).

INSGESAMT zeigt sich ein sehr klares Nein von Mitte-Rechts, wodurch auch eine starke Unterstützung von links zu wenig für ein Ja beitrug. Während Ja-Stimmende Tierschutzorganisationen stärker vertrauen und den Umweltschutz höher als das Wirtschaftswohl gewichten, vertraut das Nein-Lager den Bauern und wünscht weniger Markteingriffe vom Staat.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass je weiter links sich eine Person auf dem **POLITISCHEN LINKS-RECHTS-SPEKTRUM** verortet, sie umso deutlicher Ja gestimmt hat: "Linksaussen" hat einen Ja-Anteil von 86 Prozent, wohingegen "rechtsaussen" einen Anteil von 6 Prozent aufweist.

Hinsichtlich der **PARTEI**-Sympathien ergibt sich ein ähnliches Bild: Grüne- und SP-Sympathisierende haben mit 85 resp. 71 Prozent klar Ja gestimmt. GLP-Sympathisierende waren mit 50 Prozent Ja-Anteil gespalten. Die Mitte-, FDP- und SVP-Sympathisierende haben klar Nein gestimmt (19% resp. 10% resp. 9% Ja-Anteile). Personen, die keiner dieser Parteien Sympathien gegenüberbringen, haben knapp Ja gestimmt (51%) und solche, die mit keiner Partei sympathisieren, klar Nein (33%).

In Bezug auf das **VERTRAUEN** erweisen sich Tierschutzorganisationen und Bauern als relevante Bezugsgrössen: Wer den Bauern ein mittleres bis (sehr) hohes Vertrauen entgegenbringt, hat eher Nein gestimmt (44%, 32%, 15% Ja-Anteile). Umgekehrt haben Teilnehmende mit (sehr) geringem Vertrauen in Bauern eher Ja gestimmt (63%). Umgekehrt verhält es sich mit dem Vertrauen in Tierschutzorganisationen: sehr geringes Vertrauen in diese Organisationen führt zu einem sehr tiefen Ja-Anteil (11%), sehr hohes Vertrauen hingegen äussert sich in einem klaren Ja-Anteil (64%).

WERTEHALTUNGEN können das Stimmverhalten ebenfalls miterklären: Wer mehr Staatsingriffe in die Wirtschaft wünscht (66%), hat Ja gestimmt. Wem der Umweltschutz mehr bedeutet als wirtschaftlicher Wohlstand, hat eher Ja gestimmt (65%).

Tabelle 13: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
total	37.1	2243	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.6***
linksaussen (0-2)	86	261	± 4.3
links (3-4)	67	447	± 4.4
Mitte (5)	25	583	± 3.5
rechts (6-7)	13	499	± 3
rechtsaussen (8-10)	6	274	± 2.9

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Parteisympathie			V=.45***
SVP	10	360	± 3.2
FDP	8	370	± 2.8
Die Mitte	19	283	± 4.6
GLP	50	181	± 7.3
SP	71	374	± 4.6
Grüne	85	162	± 5.5
andere Partei	51	108	± 9.5
keine	33	198	± 6.6
Vertrauen in Bauern			V=.37***
sehr gering bis gering (0-4)	63	466	± 4.4
mittel (5)	44	477	± 4.5
hoch (6-7)	32	578	± 3.8
sehr hoch (8-10)	15	638	± 2.8
Vertrauen in Tierschutzorganisationen			V=.42***
sehr gering bis gering (0-4)	11	617	± 2.5
mittel (5)	33	498	± 4.1
hoch (6-7)	49	515	± 4.3
sehr hoch (8-10)	64	532	± 4.1
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz"			V=.48***
Umweltschutz wichtiger	65	875	± 3.2
gemischte Wertehaltung	21	884	± 2.7
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	12	337	± 3.4
Wertehaltung: "eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft oder eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt"			V=.39***
mehr Staatseingriffe	66	433	± 4.5
gemischte Wertehaltung	40	881	± 3.2
mehr Wettbewerb	15	679	± 2.7

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 14) zeigen vier signifikante Unterschiede, wobei gemäss Cramérs V die Unterschiede (sehr) schwach sind: **ALTER**, **GESCHLECHT**, **BILDUNGSGRAD** und **BESCHÄFTIGUNGSGRAD**.

Aufgeschlüsselt nach Alter schwankt der Ja-Anteil um 40 Prozent, wobei tendenziell jüngere eher Ja gestimmt haben als Ältere (18-29-Jährige mit 43% Ja-Anteil und 70 Jahre und älter mit 27% Ja-Anteil). Frauen (44%) haben deutlicher für die Massentierhaltungssinitiative gestimmt als Männer (30%). Je höher der Bildungsabschluss einer Person ist, desto eher hat er oder sie auch Ja gestimmt. Schliesslich haben Teilzeit-Arbeitende mit einem Pensum zwischen 50 und 89 Prozent als einzige von allen betrachteten Subgruppen mit einer Mehrheit Ja gestimmt. Hinsichtlich Haushaltseinkommen gab es keinen signifikanten Unterschied.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
total	37.1	2243	
Alter			V=.14***
18-29 Jahre	43	235	± 6.3
30-39 Jahre	46	254	± 6.1
40-49 Jahre	36	326	± 5.2
50-59 Jahre	39	502	± 4.3
60-69 Jahre	41	455	± 4.5
70 Jahre und älter	27	471	± 4
Geschlecht			V=.14***
Frauen	44	1108	± 2.9
Männer	30	1135	± 2.7
Bildungsgrad			V=.16***
ohne nachobligatorische Bildung	30	209	± 6.2
berufliche Grundbildung/Berufslehre	29	708	± 3.3
Maturität/höhere Berufsbildung	38	629	± 3.8
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	48	625	± 3.9
Beschäftigungsgrad			V=.12***
Vollzeit (90-100%)	29	1384	± 2.4
Teilzeit zwischen 70% und 89%	52	303	± 5.6
Teilzeit zwischen 50% und 69%	57	281	± 5.8
Teilzeit weniger als 50%	42	160	± 7.7
Haushaltseinkommen			V=.04
bis 3'000 CHF	37	84	± 10.4
3'000-5'000 CHF	35	279	± 5.6
5'000-7'000 CHF	37	363	± 5
7'000-9'000 CHF	36	333	± 5.2
9'000-11'000 CHF	37	299	± 5.5
über 11'000 CHF	40	590	± 4

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 15) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: "ethische Gründe" (61% aller Erstnennungen, 93% aller Nennungen), "Konsum" (9% resp. 32%) und Klimawandel/Ökologie (7% resp. 25%).

Mit Abstand am häufigsten gaben Personen unter der Sammelkategorie **ETHISCHE GRÜNDE** konkret das Tierwohl als Ja-Motiv an (41% aller Erstnennungen, 53% aller Nennungen). Ebenfalls fällt in diese Kategorie, dass sie bessere Bedingungen für Tiere wünschen (8% resp. 13%) und gegen eine Massentierhaltung sind (4% resp. 11%).

Die zweite Kategorie bezieht sich vor allem auf den **KONSUM**. Konkret wurden zwei Argumente genannt: man möchte den Wandel des Konsumverhaltens vorantreiben und die Achtsamkeit beim Konsum von Tierprodukten fördern.

Als drittes Argument folgt der Klimawandel resp. ökologische Gedanken (7% resp. 25%). Konkretisiert möchte man das ökologische Bewusstsein fördern (2% resp. 10%) und bedenkt den Aspekt des Klimawandels in Kombination mit dem Fleischkonsum (3% resp. 8%).

Tabelle 15: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
ethische Gründe	61	458	93	668
Tierwohl, Tierschutz, Tierleiden	41	302	53	376
bessere Bedingungen für Tiere (bspw. mehr Auslauf)	8	55	13	96
gegen Massentierhaltung/Probleme der Massentierhaltung	4	28	11	80
Konsum	9	63	32	230
Wandel Konsumverhalten vorantreiben	3	17	12	90
mehr Achtsamkeit bei Konsum von Tierprodukten	4	24	11	75
Klimawandel/Ökologie	7	51	25	164
Ökologie (ökologisches Bewusstsein)	2	26	10	69
Klimawandel, Klimakrise, Klima	3	15	8	54
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	3	31	6	57
Anderes	5	39	14	109
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	12	2	17
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	4	1	8
weiss nicht / kein Grund angegeben	14	144	53	487

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen

befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** bei der Massentierhaltungsinitiative können in zwei Kategorien aufgeteilt werden: "aktuelle Regelung reicht" (45% aller Erstnennungen resp. 59% aller Nennungen) und "Preisanstieg" (17% resp. 34%).

Bei den Argumenten rund um das Thema **AKTUELLE REGELUNG REICHT** sind die häufigsten konkret genannten Argumente, dass der aktuelle Tierschutz genügt (21% resp. 27%), dass es schon genug Regeln und Vorschriften gibt (13% resp. 15%) und dass die Umsetzung der Vorlage unmöglich sei (8% resp. 12%).

Die zweite Kategorie häufig erwähnter Argumente bezieht sich auf den Preiseinstieg. Konkret wurde genannt, dass das den Einkaufstourismus fördere (8% resp. 16%), höhere Preise für Konsumenten nach sich zöge (5% resp. 9%) und höhere Kosten für Bauern bringen würde (3% resp. 5%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
aktuelle Regelung reicht	45	613	59	800
aktueller Tierschutz genügt	21	345	27	345
schon genug Regeln und Vorschriften	13	204	15	204
Umsetzung der Vorlage unmöglich	8	183	12	183
Preisanstieg	17	222	34	444
Einkaufstourismus / Importe aus dem Ausland nehmen zu	8	199	16	199
höhere Preise für Konsumenten/höhere Lebensmittelpreise	5	129	9	129
höhere (Produktions-)Preise / Kosten für Bauern	3	70	5	70
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	8	102	12	154
Anderes	0	5	1	9
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	17	1	20
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	26	3	43
weiss nicht / kein Grund angegeben	22	368	67	1027
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	8	102	12	154

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 17). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheide fielen inhaltlich stark fundiert aus²: 82 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

INSGESAMT fokussieren die Pro-Argumente auf die fabrikähnlichen Mastbetriebe, Gesundheitsbedenken bei Menschen und Tieren und das bisherige Tierschutzgesetz. Die Kontra-Argumente hingegen monieren die Mehrkosten, die bereits bestehenden Angebote und ebenfalls das Tierschutzgesetz.

IM DETAIL zeigt sich, dass zwei der **PRO-ARGUMENTE** eine Mehrheit überzeugen konnten. Fabrikähnliche Mastbetriebe seien der Schweiz unwürdig finden insgesamt 64 Prozent der Stimmbevölkerung (91% der Ja-Stimmenden und 48% der Nein-Stimmenden). Ebenfalls 64 Prozent der Stimmbevölkerung finden, dass die Massentierhaltung die Gesundheit von Mensch und Tier gefährdet (erneut 91% der Ja-Stimmenden und 48% der Nein-Stimmenden). Einzig, dass das bisherige Tierschutzgesetz nicht ausreicht, findet keine Mehrheit (44%). Das ist das Pro-Argument, das am stärksten polarisiert.

Alle drei **KONTRA-ARGUMENTE** erhalten mehrheitliche Zustimmung: 71 Prozent finden, dass ein Ja einen Preisanstieg verursacht, den schliesslich die Konsument:innen bezahlen müssen (64% der Ja-Stimmenden), 61 Prozent finden auch, dass das geforderte Angebot bereits mit verschiedenen Labels in ausreichender Menge bestehe, und 59 Prozent finden, dass das Schweizer Tierschutzgesetz keine Verschärfung benötigt. Das letzte Argument ist erneut dasjenige, das am stärksten polarisiert (87% der Nein-Stimmenden sind einverstanden, 81% der Ja-Stimmenden hingegen nicht).

² [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Tabelle 17: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Fabrikähnliche Mastbetriebe (z.B. bis zu 27'000 Hühner oder 1'500 Schweine in einem Stall) sind der Schweizer Landwirtschaft unwürdig.	total	64	27	9
	Ja-Stimmende	91	4	5
	Nein-Stimmende	48	40	11
Massentierhaltung gefährdet die Gesundheit von Mensch und Tier. Sie fördert Pandemierisiken und Antibiotikaresistenzen bei Tieren und trägt indirekt zu Gesundheitsrisiken bei, indem sie mit Billigfleisch übermässigen Fleischkonsum fördert.	total	64	29	7
	Ja-Stimmende	91	5	4
	Nein-Stimmende	48	44	8
Das bisherige Tierschutzgesetz reicht nicht aus, um Einschnitte in das Wohlbefinden und die Würde der Tiere zu verhindern.	total	44	49	8
	Ja-Stimmende	84	11	5
	Nein-Stimmende	20	71	8
Kontra-Argumente				
Der geforderte Standard ist mit Mehrkosten in der Produktion verbunden, was die Lebensmittelpreise in die Höhe treibt und letztlich die Konsument:innen belastet.	total	71	22	7
	Ja-Stimmende	64	30	5
	Nein-Stimmende	76	15	8
Das geforderte Angebot besteht dank verschiedenen Labels bereits in ausreichender Menge.	total	61	31	8
	Ja-Stimmende	24	69	7
	Nein-Stimmende	83	9	8
Die Schweiz hat bereits heute eine der weltweit strengsten Tierschutzgesetze. Es braucht keine Verschärfung.	total	59	35	6
	Ja-Stimmende	14	81	5
	Nein-Stimmende	87	8	5

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 64 Prozent aller Stimmenden (sowie 91% aller Ja-Stimmenden bzw. 48% aller Nein-Stimmenden) pflchteten dem Pro-Argument bei, dass fabrikähnliche Mastbetriebe der Schweizer Landwirtschaft unwürdig sind. 27 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 9 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'327 Ja-Stimmende 802, Nein-Stimmende 1'441.

5 Mehrwertsteuererhöhung

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Nach 25 Jahren ohne umfassende Reform sollen die Finanzen der AHV stabilisiert und die Renten gesichert werden. Am 25. September 2022 stimmte die Schweizer Bevölkerung über zwei Vorlagen des Reform-Pakets ab. Die beiden Vorlagen waren so miteinander verknüpft, dass bei der Ablehnung einer Vorlage die gesamte Reform gescheitert wäre.

Bei der ersten Vorlage über die AHV-Reform geht es um die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Mit dieser Verfassungsänderung soll der Normalsatz von heute 7.7 auf 8.1 Prozent und der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 2.5 auf 2.6 Prozent steigen. Der Bund schätzt dadurch eine Zusatzeinnahme für die AHV bis 2032 von 12.4 Milliarden Franken.

Bundesrat und Parlament sprechen sich für die Verfassungsänderung aus, da die Erhöhung gering ist und von der gesamten Bevölkerung, also auch den Pensionierten getragen wird. Die Zusatzfinanzierung soll den Abbau der Renten verhindern. Auch von den Parteien sprechen sich nur die SP und die Grünen gegen die Vorlage aus. Alle anderen grösseren Parteien geben die Ja-Parole aus.

Die Gegner:innen der Vorlage argumentieren mit der sinkenden Kaufkraft durch die steigenden Preise und Krankenkassenprämien. Zusammen mit dem Rentenabbau, der mit der Erhöhung des Frauenrentenalters einhergeht, seien die steigenden Kosten ungerecht. Ebenfalls sei die AHV zum heutigen Zeitpunkt immer noch solide aufgestellt und schreibe keine Verluste.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wurde von 55.1% der Stimmbevölkerung an der Urne befürwortet. Nur fünf Kantone in der Westschweiz (Genf, Waadt, Freiburg, Neuenburg, Jura) lehnten die Vorlage ab.

5.2 Der Stimmenscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT haben Personen, die sich polit-ideologisch «links» positionieren, gegen die Mehrwertsteuererhöhung ausgesprochen, von «Mitte» bis «rechts» wurde hingegen mehrheitlich mit Ja gestimmt. Dabei spielt das Vertrauen in den Bundesrat und das Parlament eine Rolle: Wer dem Bundesrat oder Parlament eher vertraut, hat mehrheitlich Ja gestimmt.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass Personen, die sich hinsichtlich der politischen **IDEOLOGIE** als linksaussern einstufen mehrheitlich Nein gestimmt haben (23% Ja-Anteil). Nur knapp mehrheitlich Nein haben Personen gestimmt, die sich als «links» einstufen (49%, Ja-Anteil). Personen in der Mitte (59%), rechts (73%) und rechtsaussern (74%) haben hingegen deutlich Ja gestimmt. Die Zustimmung nahm dabei vom rechten politischen Pol zum linken hin deutlich ab.

Die **PARTEIPRÄFERENZEN** zeigen dasselbe Bild: Während Sympathisierende der SP mit 34 Prozent Ja gestimmt haben, waren es bei den Grünen 35 Prozent. Parteiungebundene haben ebenfalls mehrheitlich Nein gestimmt. Auf der anderen Seite haben Sympathisierende der SVP (62%), der GLP (74%), der Mitte (78%) und der FDP (80%) klar mehrheitlich Ja gestimmt.

Der Ja-Anteil korreliert auch deutlich mit dem **VERTRAUEN** in verschiedene Akteure und Institutionen: Personen, mit mittlerem bis (sehr) geringem Vertrauen in Bundesrat oder Parlament, haben Nein gestimmt (30-41% resp. 41-49% Ja-Anteile). Hingegen haben Personen mit (sehr) hohem Vertrauen in Gewerkschaften eher Nein gestimmt (36-49% Ja-Anteil).

Ausserdem haben diejenigen mehrheitlich Ja gestimmt, die die **WERTEHALTUNG** vertreten, dass die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität (63% Ja-Anteil) respektive eine gemischte Werthaltung diesbezüglich vertreten (60% Ja-Anteil). Jedoch haben diejenigen, mehrheitlich Nein gestimmt, für die die Solidarität wichtiger als die Eigenverantwortung ist (41% Ja-Anteil). Hinsichtlich der Werthaltung, ob die Schweiz die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aktiv fördern soll, gab es in allen drei Subgruppen eine mehrheitliche Zustimmung zur Mehrwertsteuererhöhung. Das heisst, Personen, die die Gleichberechtigung aktiv fördern wollen, haben mit 51 Prozent Ja gestimmt, diejenigen, die das nicht wollen mit 62 Prozent, und diejenigen mit einer gemischten Werthaltung diesbezüglich haben mit 70 Prozent Ja gestimmt.

Tabelle 18: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	55.1	2205	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.35***
linksaussen (0-2)	23	260	± 5.1
links (3-4)	49	443	± 4.7
Mitte (5)	59	577	± 4
rechts (6-7)	73	488	± 4
rechtsaussen (8-10)	74	265	± 5.3
Parteisympathie			V=0.38***
SVP	62	350	± 5.1
FDP	80	359	± 4.2
Die Mitte	78	277	± 4.9
GLP	74	179	± 6.5
SP	34	374	± 4.8
Grüne	35	161	± 7.4
andere Partei	36	108	± 9.1
keine	42	191	± 7
Vertrauen in Bundesrat			V=.28***
sehr gering bis gering (0-4)	30	277	± 5.4
mittel (5)	41	445	± 4.6
hoch (6-7)	60	619	± 3.9
sehr hoch (8-10)	68	792	± 3.2
Vertrauen in Eidgenössisches Parlament in Bern			V=0.2***
sehr gering bis gering (0-4)	41	405	± 4.8
mittel (5)	49	549	± 4.2
hoch (6-7)	61	657	± 3.7
sehr hoch (8-10)	68	504	± 4.1
Vertrauen in Gewerkschaften			V=.22***
sehr gering bis gering (0-4)	67	808	± 3.2
mittel (5)	55	500	± 4.4
hoch (6-7)	49	498	± 4.4
sehr hoch (8-10)	36	276	± 5.7

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Wertehaltung: "eine Schweiz, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aktiv fördert, oder eine Schweiz, die Gleichberechtigung nicht aktiv fördert"			V=.14***
Gleichberechtigung der Geschlechter aktiv fördern	51	1613	± 2.4
gemischte Wertehaltung	70	349	± 4.8
Gleichberechtigung der Geschlechter nicht aktiv fördern	62	176	± 7.2
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?"			V=.19***
Solidarität wichtiger	41	620	± 3.9
gemischte Wertehaltung	60	880	± 3.2
Eigenverantwortung wichtiger	63	565	± 4

INSGESAMT haben verschiedene Subgruppen gemäss soziodemografischen Merkmalen mehrheitlich Ja gestimmt (Tabelle 19). Ausnahme bilden grundsätzlich Frauen, da sie mehrheitlich Nein gestimmt haben, sowie Personen, die 18–59 Jahre alt sind.

IM DETAIL haben **FRAUEN** mehrheitlich Nein gestimmt (45% Ja-Anteil). Bei Frauen im Alter von 18–39-Jahren lag der Ja-Anteil bei 33 Prozent und bei älteren Frauen (40–65-Jahren) lag der Anteil bei 38 Prozent. Einzig Frauen über 65 Jahren haben mehrheitlich Ja gestimmt (63%). **MÄNNER** hingegen haben im Alter von 18–39 (64%), im Alter von 40–64 (60%) und im Alter von 65 und älter (75%) klar Ja gestimmt. Hinsichtlich Bildungsgrad und Haushaltseinkommen gab es keine signifikanten Unterschiede. In (fast) allen diesen Subgruppen wurde mehrheitlich Ja gestimmt.

Tabelle 19: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	55.1	2205	
Alter			V=.21***
18-29 Jahre	47	226	± 6.5
30-39 Jahre	48	246	± 6.3
40-49 Jahre	48	318	± 5.5
50-59 Jahre	46	496	± 4.4
60-69 Jahre	56	450	± 4.6
70 Jahre und älter	73	469	± 4

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Geschlecht			V=.21***
Frauen	45	1089	± 3
Männer	66	1116	± 2.8
Geschlecht und Alter			V=0.3***
Frauen / 18-39 Jahre	33	256	± 5.8
Männer / 18-39 Jahre	64	216	± 6.4
Frauen / 40-65 Jahre	38	513	± 4.2
Männer / 40-65 Jahre	60	541	± 4.1
Frauen / 65+ Jahre	63	320	± 5.3
Männer / 65+ Jahre	75	359	± 4.5
Bildungsgrad			V=.06
ohne nachobligatorische Bildung	57	202	± 6.8
berufliche Grundbildung/Berufslehre	52	693	± 3.7
Maturität/höhere Berufsbildung	53	620	± 3.9
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	60	614	± 3.9
Haushaltseinkommen			V=.08
bis 3'000 CHF	48	76	± 11.3
3'000-5'000 CHF	53	273	± 5.9
5'000-7'000 CHF	51	354	± 5.2
7'000-9'000 CHF	56	330	± 5.4
9'000-11'000 CHF	55	292	± 5.7
über 11'000 CHF	60	590	± 4

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 20) lassen sich in drei Überkategorien gliedern. Die am häufigsten genannten Argumente für ein Ja finden sich unter dem Titel, dass die Erhöhung dringend respektive nötig ist (50% der Erstnennungen resp. 64% aller Nennungen). Die anderen beiden thematischen Achsen betreffen den Aspekt einer fairen Lösung (11% resp. 22%) und Solidarität mit den Jüngeren (4% resp. 7%).

Beim Hauptargument "**DRINGLICHKEIT UND NOTWENDIGKEIT**" geht es vor allem darum, dass damit die Sicherung einer AHV ermöglicht wird (27% resp. 32%), dass man so die benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung haben wird (13% resp. 18%) und dass die Revision notwendig ist (5% resp. 8%).

Beim Aspekt "**EINE FAIRE LÖSUNG**" wurde am häufigsten von Ja-Stimmenden genannt, dass die Mehrwertsteuererhöhung fair ist, weil sie alle gleich respektive gerecht betrifft (6% resp. 12%). Ausserdem ist sie ein gutes Mittel als Finanzierungsquelle (4% resp. 8%), und die aktuelle Mehrwertsteuer ist ohnehin vergleichsweise gering (1% resp. 2%).

Ein weiteres Argument sekundärer Natur ist die **SOLIDARITÄT**, die dem Thema geschenkt wurde. Hier nennen Ja-Stimmende etwa, dass das Ja auch als Solidarität gegenüber den Jungen gilt (3% resp. 5%) respektive auch aus dem Grund, dass es zu einem soziodemografischen Wandel kommt, weil die Menschen älter werden (2% resp. 2%).

Tabelle 20: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Dringlichkeit/Notwendigkeit	50	591	64	751
Sicherung/Stabilisierung der AHV/Rente	27	299	32	354
AHV benötigt (finanzielle) Mittel	13	173	18	230
Revision/Sanierung notwendig/Notwendigkeit	5	67	8	94
eine faire Lösung	11	149	22	285
MWST ist fair, trifft alle gleich stark	6	84	12	146
MWST ein gutes Mittel (als Finanzierungsquelle)	4	51	8	102
MWST ist ohnehin/vergleichsweise gering	1	13	2	26
Gesellschaftliche Gründe	4	63	7	99
Solidarität mit der jüngeren Generation	3	44	5	67
(sozio)demografischer Wandel	2	19	2	31
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	6	83	11	138
Anderes	0	1	0	3
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	22	2	31
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	23	4	37
weiss nicht / kein Grund angegeben	25	386	76	1061

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen drei Argumente im Vordergrund (Tabelle 21): Die Nein-Stimmenden verweisen darauf, dass die Mehrwertsteuererhöhung ein schlechtes Finanzierungsmittel sei (28% aller Erstnennungen resp. 46% aller Nennungen), dass es als Zeichen gegen die AHV21-Reform als Ganzes gilt (17% resp. 24%) und dass die aktuelle wirtschaftliche Lage diese Erhöhung nicht zulässt (16% resp. 22%).

Am häufigsten wurde das **FINANZIERUNGSMITTEL DER MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG KRITISIERT**: Diese Erhöhung trifft die einkommensschwachen (10% resp. 16%), es gäbe bessere Finanzierungsquellen (8% resp. 14%) und dass diese Erhöhung entsprechend unfair, ungerecht und asozial ist (4% resp. 7%).

Die zweite Gruppe von Nein-Motiven ist eine **GRUNDSÄTZLICHE KRITIK GEGEN DIE AHV21-REFORM**. Sie wurde abgelehnt, weil sie mit der anderen Vorlage gekoppelt war (7% resp. 9%), weil zuerst eine Lohngleichheit bestehen muss, bevor die Mehrwertsteuer erhöht werden kann (2% resp. 4%) und dass man gegen eine allgemeine Rentenerhöhung ist (2% resp. 2%).

Die dritte Gruppe von Nein-Motiven betrifft die **AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE**. Die Teuerung und Inflation wurde genannt (6% resp. 9%), dass alles grundsätzlich schon teuer genug sei (5% resp. 6%) und die AHV-Finanzierung weniger dringend ist im Vergleich zur aktuellen wirtschaftlichen Lage.

Tabelle 21: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
MWST ein schlechtes Finanzierungsmittel	28	239	46	407
MWST-Erhöhung trifft die Einkommensschwächsten.	10	75	16	125
Es gibt bessere Finanzierungsquellen.	8	69	14	129
MWST-Erhöhung ist unfair, ungerecht, asozial.	4	42	7	66
Zeichen gegen AHV-21-Reform als Ganzes	17	136	24	198
abgelehnt, da mit dem AHV-21 Gesetz gekoppelt	7	47	9	64
Lohnungleichheit (zuerst Lohngleichheit, dann gleiches Rentenalter für Mann und Frau)	2	18	4	37
gegen eine allgemeine Rentenerhöhung	2	23	2	26
wirtschaftliche Lage	16	152	22	204
Inflation, Teuerung	6	63	9	92
Es ist alles schon genug teuer.	5	49	6	59
AHV-Finanzierung ist nicht dringlich	4	38	6	49
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	2	19	4	24
Anderes	0	1	0	1
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	5	1	8
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	10	3	15
weiss nicht / kein Grund angegeben	35	325	79	712

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 22 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Mehrwertsteuererhöhung entscheidungsrelevant.

Wichtig anzumerken ist, dass diese Vorlage mit der AHV-Reform gekoppelt wurde (siehe nächstes Kapitel). Gewisse Argumente fungieren deshalb als Grund für ein Ja oder Nein bei beiden Vorlagen. Diese Überlappung wird im Kapitel 7 diskutiert.

Die Stimmenscheidung war insgesamt sehr stark fundiert: 85 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich jeweils eher mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben auch dementsprechend gestimmt.

INSGESAMT überzeugten Pro-Argumente deutlich besser als Kontra-Argumente. Zwei von drei Pro-Argumenten fanden unter den Stimmenden mehrheitliche Zustimmung. Bei den Kontra-Argumenten erreichte keines eine mehrheitliche Zustimmung.

Die **PRO-ARGUMENTE** erhalten in der gesamten Stimmbevölkerung mehrheitliche Zustimmung: 61 Prozent finden, dass die AHV-Reform die Solidarität zwischen den Generationen erhöht, da die Mehrwertsteuer auch von Pensionierten bezahlt wird. Ebenfalls finden 54 Prozent, dass die AHV-Reform die AHV sichert, ohne dass die Renten gekürzt werden müssen. Am stärksten polarisiert aber das Argument, dass die AHV-Reform fair ist, weil die Übergangsgenerationen von Zuschlägen für eine lebenslange Rente profitieren: 74 Prozent der Ja-Stimmenden sind damit einverstanden, 64 Prozent der Nein-Stimmenden hingegen nicht.

Von den drei **KONTRA-ARGUMENTEN** hat keines eine Mehrheit erreicht. Und alle drei polarisieren stärker als die Pro-Argumente. Am stärksten polarisiert das erste Kontra-Argument, dem 47 Prozent insgesamt zustimmen: 78 Prozent der Nein-Stimmenden finden, dass die AHV-Reform ungerecht ist, weil sie auf Kosten der Frauen durchgeführt wird (73% der Ja-Stimmenden sind mit diesem Argument nicht einverstanden). Der aktuelle Zeitpunkt (Teuerung resp. Inflation) sei falsch gewählt, um die Mehrwertsteuer zu erhöhen, finden 74 Prozent der Nein-Stimmenden und 42 Prozent aller Stimmenden. Und dass die Reform ungerecht ist, weil alle mehr bezahlen und Leistungen gekürzt werden, finden 69 Prozent der Nein-Stimmenden. 74 Prozent der Ja-Stimmenden stimmen diesem Argument aber nicht zu.

Tabelle 22: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die AHV-Reform erhöht die Solidarität zwischen den Generationen, da mit der höheren Mehrwertsteuer auch Pensionierte weiterhin ihren Beitrag zur Altersvorsorge leisten.	Total	61	29	10
	Ja-Stimmende	88	6	6
	Nein-Stimmende	31	57	12
Die AHV-Reform sichert die AHV, ohne dass die Renten gekürzt werden müssen.	Total	54	34	12
	Ja-Stimmende	82	10	7
	Nein-Stimmende	21	64	15
Die AHV-Reform ist fair, weil die betroffenen Jahrgänge der Übergangsgeneration von Zuschlägen für eine lebenslange Rente profitieren.	Total	48	36	16
	Ja-Stimmende	74	14	12
	Nein-Stimmende	17	64	19
Kontra-Argumente				
Die AHV-Reform ist ungerecht, weil sie auf Kosten der Frauen durchgeführt wird.	Total	47	45	8
	Ja-Stimmende	21	73	6
	Nein-Stimmende	78	13	9
Aktuell herrscht eine Inflation. Das ist der falsche Zeitpunkt, um die Mehrwertsteuer zu erhöhen.	Total	42	46	12
	Ja-Stimmende	17	72	11
	Nein-Stimmende	74	15	12
Die Reform ist ungerecht: Alle zahlen mehr über die Mehrwertsteuer und gleichzeitig werden die Leistungen gekürzt.	Total	39	47	14
	Ja-Stimmende	15	74	11
	Nein-Stimmende	69	16	16

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 61 Prozent aller Stimmenden (sowie 88% aller Ja-Stimmenden bzw. 31% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, die AHV-Reform die Solidarität zwischen den Generationen erhöht, da mit der höheren Mehrwertsteuer auch Pensionierte weiterhin ihren Beitrag zur Altersvorsorge leisten. 29 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 10 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'327 Ja-Stimmende 1'318, Nein-Stimmende 887.

6 AHV-Reform

6.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die zweite Reform umfasst die Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21). Mit dieser Reform soll für beide Geschlechter ein einheitliches Rentenalter von 65 Jahren eingeführt werden. Die Erhöhung des Frauenrentenalters soll schrittweise eingeführt und von abfedernden Ausgleichsmassnahmen begleitet werden. Ausserdem soll mit der AHV 21 eine flexible und schrittweise Pensionierung möglich werden und für die über 65-Jährigen Anreize geschaffen werden, weiterhin erwerbstätig zu bleiben. Durch diese Massnahmen rechnet der Bund mit Einsparungen von 4.9 Milliarden Franken bis 2032.

Zusammen mit den Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuererhöhung bilden die Einsparungen der AHV 21 gemäss Bundesrat und Parlament einen vernünftigen Kompromiss, um die Renten für die nächsten rund zehn Jahre zu sichern. Die Angleichung des Frauenrentenalters sei gerechtfertigt, und es gebe keinen Grund, warum Frauen weniger lange arbeiten als Männer.

Gegen diese Reform wurde vom Bündnis «AHV 21» mit 151'782 Unterschriften das Referendum ergriffen. Das Referendumskomitee sah in dem Bundesgesetz einen einseitigen Leistungsabbau auf Kosten der Frauen, da Frauen im Schnitt weniger Lohn erhalten und weniger Rente beziehen als Männer. Ausserdem eröffne die AHV 21 die Debatte, das allgemeine Rentenalter weiter zu erhöhen. Eine Flexibilisierung des Rentenalters sei nur für Gutverdienende möglich, und ältere Arbeitssuchende seien auf dem Arbeitsmarkt nicht erwünscht.

Neben Gewerkschaften und feministischen Kollektiven standen nur SP und Grüne hinter dem Referendum. Alle anderen grösseren Parteien sprachen sich für ein Ja zur AHV 21 aus.

Das Referendum wird mit knappen 50.6% Ja-Stimmen angenommen. Zusammen mit der Annahme der Mehrwertsteuererhöhung kommt damit erstmals seit 1997 eine AHV Reform zustande.

6.2 Der Stimmenscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT haben – wie bei der Mehrwertsteuererhöhung – die meisten von «links» und entsprechenden Partei-Sympathien mehrheitlich Nein gestimmt, diejenigen von Mitte-Rechts und entsprechenden Partei-Sympathien mehrheitlich Ja. Mit höherem Vertrauen in das Parlament und den Bundesrat steigt auch der Ja-Anteil. Personen mit der Werterhaltung, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter gefördert werden soll, und die Solidarität wichtiger als die Eigenverantwortung ist, haben mehrheitlich Nein gestimmt.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass Personen von linksaussen (13% Zustimmung) und von links (36%) die Vorlage deutlich verworfen haben. Im polit-ideologischen Zentrum hat eine knappe Mehrheit Ja gestimmt (55% Ja-Anteil). Rechts und rechtsaussen wurde deutlich Ja gestimmt (74-77%). Entsprechend zeigen sich diese Anteile auch aufgeschlüsselt nach Parteisympathie: Während Grüne und SP-Sympathisierende jeweils klar Nein gestimmt haben (je 22%) und Parteiungebundene ebenfalls mehrheitlich Nein gestimmt haben (33-36%), waren es bei GLP 63 Prozent, bei der SVP 64 Prozent, bei der Mitte 76 Prozent und der FDP 82 Prozent.

Aufgeschlüsselt nach **WERTEHALTUNG**, zeigen sich deutlichere Unterschiede als bei der Mehrwertsteuererhöhung: Diejenigen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter aktiv fördern wollen, haben mehrheitlich Nein gestimmt (45% Ja-Anteil). Andere, die eine gemischte Werterhaltung haben (71%) respektive die Gleichberechtigung nicht aktiv fördern wollen (64%), haben mehrheitlich Ja gestimmt.

Ebenfalls zeigt sich hier auch ein klarer Unterschied bei der **WERTEHALTUNG** zur Solidarität: Wem Solidarität wichtiger als Eigenverantwortung ist, hat sehr wahrscheinlich Nein gestimmt, wem Eigenverantwortung wichtiger ist oder wer eine gemischte Werterhaltung diesbezüglich hat, hat Ja gestimmt (55% resp. 64%).

Tabelle 23: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	50.5	2184	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.44***
linksaussen (0-2)	13	259	± 4.2
links (3-4)	36	451	± 4.4
Mitte (5)	55	566	± 4.1
rechts (6-7)	74	487	± 3.9
rechtsaussen (8-10)	77	257	± 5.2
Parteisympathie			V=.45***
SVP	64	331	± 5.2
FDP	82	363	± 3.9
Die Mitte	76	277	± 5
GLP	63	180	± 7.1
SP	22	375	± 4.2
Grüne	22	160	± 6.4
andere Partei	33	109	± 8.8
keine	36	187	± 6.9
Vertrauen in Bundesrat			V=.27***
sehr gering bis gering (0-4)	28	273	± 5.3
mittel (5)	36	441	± 4.5
hoch (6-7)	56	621	± 3.9
sehr hoch (8-10)	63	782	± 3.4
Vertrauen in Eidgenössisches Parlament in Bern			V=.19***
sehr gering bis gering (0-4)	38	402	± 4.8
mittel (5)	44	541	± 4.2
hoch (6-7)	56	658	± 3.8
sehr hoch (8-10)	64	495	± 4.2
Vertrauen in Gewerkschaften			V=.27***
sehr gering bis gering (0-4)	66	800	± 3.3
mittel (5)	50	493	± 4.4
hoch (6-7)	42	498	± 4.3
sehr hoch (8-10)	27	274	± 5.3

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Wertehaltung: "eine Schweiz, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aktiv fördert, oder eine Schweiz, die Gleichberechtigung nicht aktiv fördert"			V=.21***
Gleichberechtigung der Geschlechter aktiv fördern	45	1604	± 2.4
gemischte Wertehaltung	71	340	± 4.8
Gleichberechtigung der Geschlechter nicht aktiv fördern	64	173	± 7.2
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?"			V=.24***
Solidarität wichtiger	33	624	± 3.7
gemischte Wertehaltung	55	869	± 3.3
Eigenverantwortung wichtiger	64	552	± 4

INSGESAMT waren es wie bei der Mehrwertsteuerhöhung vor allem Männer und ältere Personen (70 Jahre und Älter), die mehrheitlich Ja gestimmt haben. Bildungsgrad und Haushaltseinkommen haben keine Erklärungskraft.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass **FRAUEN** klar Nein gestimmt haben (38% Ja-Anteil) und Männer klar Ja (64% Ja-Anteil). Männer und Frauen aufgeschlüsselt nach **ALTER** zeigt, dass jüngere Frauen am häufigsten Nein gestimmt haben (25% Ja-Anteil), wohingegen Frauen über 65 Jahre mehrheitlich Ja gestimmt haben (58% Ja-Anteil). Männer haben in allen Altersgruppen mehrheitlich Ja gestimmt: 18-39-Jährige mit 63 Prozent, 40-65-Jährige mit 58 Prozent und 65-Jährige und Ältere mit 72 Prozent. Das Haushaltseinkommen und der Bildungsgrad ergaben keine signifikanten Subgruppenunterschiede.

SPRACHREGIONAL gibt es ebenfalls klare Unterschiede gemäss BFS-Daten: In der deutschsprachigen Schweiz sagten im Total 55.1 Prozent Ja, in der französischsprachigen Schweiz 37.2 Prozent und in der italienischsprachigen Schweiz 43.2 Prozent.³

Gemäss dieser VOX-Analyse zeigt die Differenzierung nach **SPRACHREGION UND GESCHLECHT** auf, dass in allen Sprachregionen Männer mehrheitlich Ja gestimmt haben und Frauen mehrheitlich Nein: In der Deutschschweiz haben **MÄNNER** mit 68 Prozent Ja gestimmt, in der Romandie mit 52 Prozent und in der Svizzera italiana mit 53 Prozent. **FRAUEN** haben in allen Sprachregionen mehrheitlich Nein gestimmt: in der deutschsprachigen Schweiz mit 42 Prozent, in der französischsprachigen mit 26 Prozent und in der italienischsprachigen mit 31 Prozent.

³ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/jahr-2022/2022-09-25/ahv-21.html>

Tabelle 24: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	50.5	2184	
Alter			V=.23***
18-29 Jahre	45	224	± 6.5
30-39 Jahre	41	243	± 6.2
40-49 Jahre	47	324	± 5.4
50-59 Jahre	39	489	± 4.3
60-69 Jahre	49	445	± 4.6
70 Jahre und älter	70	459	± 4.2
Geschlecht			V=.26***
Frauen	38	1081	± 2.9
Männer	64	1103	± 2.8
Geschlecht und Alter			V=.35***
Frauen / 18-39 Jahre	25	253	± 5.3
Männer / 18-39 Jahre	63	214	± 6.5
Frauen / 40-65 Jahre	29	514	± 3.9
Männer / 40-65 Jahre	58	535	± 4.2
Frauen / 65+Jahre	58	314	± 5.5
Männer / 65+ Jahre	72	354	± 4.7
Bildungsgrad			V=.02
ohne nachobligatorische Bildung	51	193	± 7.1
berufliche Grundbildung/Berufslehre	50	684	± 3.7
Maturität/höhere Berufsbildung	51	611	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	52	625	± 3.9
Haushaltseinkommen			V=.07
bis 3'000 CHF	44	78	± 11.1
3'000-5'000 CHF	48	266	± 6
5'000-7'000 CHF	49	351	± 5.2
7'000-9'000 CHF	53	329	± 5.4
9'000-11'000 CHF	47	290	± 5.8
über 11'000 CHF	56	589	± 4

6.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 25) lassen sich grob in drei Überkategorien gliedern: Die AHV-Vorlage ist eine gute Lösung (30% der Erstnennungen resp. 41% aller Nennungen), die Gleichbehandlung der Geschlechter (30% resp. 45%) und persönliche und gesellschaftliche Gründe (8% resp. 11%).

Bei den drei Hauptkategorien wurden gewisse Argumente besonders häufig genannt: In der Kategorie "**AHV-VORLAGE IST EINE GUTE LÖSUNG**" wurde am häufigsten die Sicherung der AHV erwähnt (16% resp. 19%). Ebenfalls wurde die Dringlichkeit erwähnt (9% resp. 11%) und dass finanzielle Mittel benötigt werden (6% resp. 8%).

Das zweite Hauptargument zielte auf den Aspekt der **GLEICHBEHANDLUNG DER GESCHLECHTER**: Die AHV-Reform zielt auf eine Gleichbehandlung der Geschlechter (29% resp. 40%) und sei gerecht, weil die Lebenserwartung der Frauen höher ist (1% resp. 5%).

Bei den erwähnten **PERSÖNLICHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN GRÜNDEN** geht es darum, die eigene Rente zu sichern (4% resp. 5%), dass das Ja ein Zeichen für die Solidarität mit der jüngeren Generation ist (2% resp. 4%) und dass die AHV-Reform dem soziodemografischen Wandel gerecht wird (2% resp. 3%).

Tabelle 25: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
AHV-Vorlage eine gute Lösung	30	310	41	428
Sicherung/Stabilisierung der AHV	16	130	19	186
Dringlichkeit, es braucht jetzt Lösungen / Reformen	9	94	11	118
AHV benötigt (finanzielle) Mittel	6	64	8	87
Gleichbehandlung Geschlechter	30	339	45	520
Gleichbehandlung, Gleichberechtigung	29	322	40	458
Lebenserwartung der Frauen ist höher	1	17	5	60
persönliche und gesellschaftliche Gründe	8	91	11	128
eigene Rente absichern/persönlich betroffen	4	41	5	50
Solidarität mit der jüngeren Generation	2	28	4	43
(sozio)demografischer Wandel (alle werden älter)	2	21	3	34
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	3	38	6	71
Anderes	0	0	0	2
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	2	0	3
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	23	4	40
weiss nicht / kein Grund angegeben	28	363	73	873

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen auch die Kernanliegen im Zentrum: Die Vorlage ist ungerecht (48% aller Erstnennungen resp. 84% aller Nennungen) und bietet eine schlechte Lösung (13% resp. 24%).

Am häufigsten wurde als Nein-Argument genannt, dass **DIE VORLAGE UNGERECHT** sei: Zentral war hierbei das Motiv, dass zuerst eine Lohngleichheit bestehen müsse (17% resp. 28%). Ebenso wurde erwähnt, dass aus Solidarität mit den Frauen ein Nein eingeworfen wurde (15% resp. 17%). Schliesslich wurde argumentiert, dass Frauen mehr unbezahlte Arbeit verrichten (6% resp. 16%).

Ebenfalls wurde als Motivgruppe angegeben, dass die Vorlage **EINE SCHLECHTE LÖSUNG** sei. Ein Einzelmotiv darunter ist, dass man gegen eine allgemeine Rentenerhöhung ist (5% resp. 9%), es bessere Lösungen gibt (5% resp. 9%) und dass man mit 50 Jahren und älter keine Arbeit mehr finden könne (1% resp. 3%).

Tabelle 26: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
AHV 21-Vorlage eine schlechte Lösung	13	145	24	266
gegen eine allgemeine Rentenerhöhung	5	65	9	108
gibt bessere Lösungen / Finanzierungsmittel	5	54	9	97
mit 50+ findet man keine Arbeit mehr	1	15	3	38
ungerechte Vorlage	48	464	84	786
Lohnungleichheit (zuerst Lohngleichheit, dann gleiches Rentenalter bei beiden Geschlechtern)	17	155	28	250
Frauen benachteiligt/Frauenfrage	15	142	17	170
Frauen arbeiten mehr unbezahlt und Teilzeit als Männer	6	69	16	176
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	3	36	6	59
Anderes	0	1	0	3
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	0	0	1
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	8	2	20
weiss nicht / kein Grund angegeben	34	361	70	752

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

6.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 27 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu den Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die AHV-Reform entscheidungsrelevant.

Wichtig anzumerken ist, dass diese Vorlage mit der Mehrwertsteuererhöhung gekoppelt wurde (siehe vorheriges Kapitel). Gewisse Argumente fungieren deshalb als Grund für ein Ja oder Nein bei beiden Vorlagen. Diese Überlappung wird im Kapitel 7 diskutiert.

Die Stimmenscheidung war insgesamt stark fundiert: 82 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich jeweils eher mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben auch dementsprechend gestimmt.

INSGESAMT überzeugten Pro-Argumente mehr als Kontra-Argumente, wobei aber auch zwei der Kontra-Argumente eine Mehrheit fanden.

Die **PRO-ARGUMENTE** waren alle mehrheitsfähig. Am meisten Zustimmung fand das Argument, dass die AHV-Reform zwingend nötig ist, weil die Menschen älter werden und somit länger AHV-Beiträge beziehen (70% Zustimmung total, 94% Zustimmung bei Ja-Stimmenden und 47% Zustimmung bei Nein-Stimmenden). Ein Argument, bei dem eine Mehrheit der Ja- und Nein-Stimmenden erreicht werden konnte, war das Argument, dass es ungerecht ist, wenn die AHV auf Kosten der nächsten Generation ausgehöhlt werde. Das dritte Argument polarisiert stark: Dass es keinen Grund gebe, dass Frauen früher pensioniert werden als Männer, fanden 85 Prozent der Ja-Stimmenden korrekt, 70 Prozent der Nein-Stimmenden hingegen nicht.

Die Überzeugungskraft der drei zur Beurteilung vorgelegten **KONTRA-ARGUMENTE** erreichte in zwei Fällen eine Mehrheit (54% resp. 52%) und in einem Fall knapp nicht (49%). Eine Mehrheit findet, dass die AHV-Reform Frauen doppelt bestraft, weil sie bereits heute einen Drittel weniger Rente als die Männer erhalten. Ebenfalls findet eine Mehrheit, dass eine Rentenaltererhöhung nicht in Frage kommt, solange Frauen weiterhin für die gleiche Arbeit weniger Lohn erhalten. Dieses Argument hat auch am stärksten polarisiert: 87 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden, 74 Prozent der Ja-Stimmenden hingegen nicht. Und dass schliesslich die AHV-Reform Tür und Tor für weitere Erhöhungen des Rentenalters öffnet, fand knapp keine Mehrheit (49%). Rund zwei Drittel der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden, 57 Prozent der Ja-Stimmenden hingegen nicht.

Tabelle 27: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die AHV-Reform ist zwingend nötig, weil die Menschen immer älter werden und somit länger AHV-Beiträge beziehen.	Total	70	23	7
	Ja-Stimmende	94	3	4
	Nein-Stimmende	47	44	9
Es ist ungerecht, die AHV auf Kosten der nächsten Generation finanziell auszuhebeln.	Total	55	32	13
	Ja-Stimmende	55	36	9
	Nein-Stimmende	56	29	14
Es gibt keinen Grund, dass Frauen früher pensioniert werden als Männer.	Total	55	39	6
	Ja-Stimmende	85	10	5
	Nein-Stimmende	24	70	6
Kontra-Argumente				
Mit der AHV-Reform werden Frauen doppelt bestraft, denn sie erhalten bereits heute einen Drittel weniger Rente als die Männer.	Total	54	37	9
	Ja-Stimmende	24	66	10
	Nein-Stimmende	84	8	8
Solange Frauen weiterhin für die gleiche Arbeit weniger Lohn erhalten, kommt eine Rentenaltererhöhung der Frauen nicht in Frage.	Total	52	41	8
	Ja-Stimmende	17	74	9
	Nein-Stimmende	87	7	6
Die AHV-Reform öffnet Tür und Tor für weitere Erhöhungen des Rentenalters.	Total	49	38	14
	Ja-Stimmende	32	57	11
	Nein-Stimmende	67	19	14

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 70 Prozent aller Stimmenden (sowie 94% aller Ja-Stimmenden bzw. 47% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die AHV-Reform zwingend nötig ist, weil die Menschen immer älter werden und somit länger AHV-Beiträge beziehen. 23 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 7 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'327 Ja-Stimmende 1'166, Nein-Stimmende 1'018.

7 Zusatzauswertung: Verschieden-Stimmende bei den AHV-Vorlagen

Die Vorlage Mehrwertsteuererhöhung und AHV-Reform waren gekoppelt. Das heisst, es müssen beide Vorlagen eine Mehrheit gewinnen, damit beide Vorlagen angenommen werden. Erhält eine Vorlage ein mehrheitliches Nein, werden automatisch beide Vorlagen abgelehnt. Deshalb liegt es nahe, dass die meisten entweder zwei Mal Ja oder zwei Mal Nein gestimmt haben. Interessant sind aber Fälle, bei denen jemand einmal Ja und einmal Nein gestimmt hat, sogenannte Verschieden-Stimmende.

- **JA-NEIN-STIMMENDE:** 6,4 Prozent des Stimmvolks haben bei der Mehrwertsteuererhöhung Ja gestimmt, bei der AHV-Reform hingegen Nein.
- **NEIN-JA-STIMMENDE:** 2,3 Prozent haben hingegen bei der Mehrwertsteuererhöhung Nein gestimmt und bei der AHV-Reform Ja.

Unter den **JA-NEIN-STIMMENDEN** finden sich rund 40 Prozent Männer und 60 Prozent **FRAUEN**. Polit-ideologisch verorten sie sich vor allem **LINKS**: rund 22 Prozent «linksausser», 42 Prozent links und 23 Prozent im Zentrum. Am meisten fühlen sich der **PARTEI SP** (29%), gefolgt von den Grünen (27%) und zu einem geringeren Teil der GLP (14%) nahe. Sie misstrauen mehrheitlich Wirtschaftsverbänden und **VERTRAUEN** Gewerkschaften. Für sie ist **SOLIDARITÄT** wichtiger als Eigenverantwortung. Für 91 Prozent von ihnen ist klar, dass eine Rentenaltererhöhung der Frauen nicht in Frage kommt, solange sie für die gleiche Arbeit weniger Lohn erhalten. Und für 87 Prozent ist klar, dass mit der AHV-Reform die Frauen doppelt bestraft werden, weil sie bereits heute einen Drittel weniger Rente als die Männer erhalten.

Unter den **NEIN-JA-STIMMENDEN** sind die grosse Mehrheit **MÄNNER**: Rund 72 Prozent sind Männer (mehrheitlich im Alter von 40-65-Jahren), 28 Prozent Frauen. Ideologisch stufen sie sich vor allem **RECHTS** ein: 25 Prozent sehen sich in der Mitte, 36 Prozent rechts und 30 Prozent rechtsausser. Bezüglich **PARTEIEN** sind sie sympathisch gegenüber der SVP (37%), der FDP (28%) und der Mitte (17%) eingestellt. Sie **VERTRAUEN** mehrheitlich Wirtschaftsverbänden und misstrauen Gewerkschaften. Sie interessieren sich (sehr) für Politik. Für sie ist **EIGENVERANTWORTUNG** wichtiger als Solidarität. Für 95 Prozent von ihnen ist klar, dass die AHV-Reform zwingend nötig ist, weil die Menschen immer älter werden und somit länger AHV-Beiträge beziehen. Für 88 Prozent gibt es keinen Grund, weshalb Frauen früher pensioniert werden sollten als Männer.

Was Ja-Nein- und Nein-Ja-Stimmende verbindet, ist, dass sie sich beide (sehr) für Politik interessieren und mehrheitlich eine Schweiz, die die Gleichberechtigung der Geschlechter aktiv fördert (90% bei Ja-Nein-Stimmenden und 66% bei Nein-Ja-Stimmenden) präferieren.

8 Verrechnungssteuer

8.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Mit der «Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer» wollen Bundesrat und Parlament den Finanzplatz Schweiz stärken und Hindernisse bei der Konzernfinanzierung beseitigen. So soll auf den Zinsen von neu ausgegebenen Obligationen ab 2023 keine Verrechnungssteuer mehr bezahlt werden.

Da durch die aktuelle Gesetzgebung die Rückforderung der Steuer verkompliziert wird, sind Schweizer Obligationen insbesondere für Anleger:innen aus dem Ausland unattraktiv. Mit der Abschaffung der Steuer sollen Finanzierungsgeschäfte, die heute im Ausland getätigt werden, in die Schweiz zurückgeholt werden. Der Bund rechnet vermittels der Umsetzung der neuen Massnahmen damit, dass Unternehmen vermehrt Geld in der Schweiz aufnehmen und dadurch Mehreinnahmen generiert werden, die die Mindereinnahmen durch das Wegfallen der Steuer ausgleichen.

Gegen die Gesetzesänderung wurde von einem überparteilichen Komitee von SP, Grünen und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund das Referendum ergriffen. Das Referendumskomitee argumentiert, dass mit der Abschaffung der Steuer nur Grosskonzerne und reiche Grossanleger profitieren können. Steuerhinterziehung werde begünstigt, da der Anreiz, bei den Steuern nicht zu betrügen, wegfällt. Die finanziellen Verluste für den Bund müssen von den Bürger:innen kompensiert werden.

Neben der SP und den Grünen sprach sich auch die EVP für ein Nein gegen die Steuerreform aus. Die SVP, die FDP, die Mitte und die GLP fassten die Ja-Parole.

Das Verrechnungssteuer-Gesetz wird mit 52 Prozent der Stimmen und 14 Ständesstimmen abgelehnt. Die gesamte Westschweiz lehnte dabei die Steuerreform geschlossen ab. Dadurch bleibt der Status quo bestehen, und Unternehmen müssen weiterhin Verrechnungssteuer auf Zinserträge bezahlen.

8.2 Der Stimmenscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT reflektiert das knapp ablehnende Resultat eine starke Polarisierung zwischen den politischen Polen (Tabelle 28). Ablehnende Mehrheiten ergaben sich bei Personen, die sich selber links oder linksausen positionieren oder sich linken Parteien zugehörig fühlen. In der knappen Mehrheit waren auch Personen, die den Gewerkschaften oder dem Gewerbeverband vertrauen oder Konzernen nicht vertrauen und auch solche, welche mit der GLP sympathisieren.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass Personen von linksausen (7% Zustimmung) die Vorlage fast geschlossen verworfen haben und auch solche aus dem restlichen linken Spektrum 22%) deutlich gegen die Vorlage gestimmt haben. Bereits ab der politischen Mitte war eine knappe Mehrheit von 55 Prozent für die Revision. Wer sich rechts oder rechtausen positioniert, war bereits deutlich dafür. Bei den **PARTEISYMPATHIEN** folgten SP-Anhängerschaft und Grünen-Anhängerschaft der Nein-Parole entsprechend klar. Die GLP-Anhängerschaft folgte mehrheitlich nicht der Ja-Parole: Nur 43 Prozent stimmten für die Vorlage. Zusammen mit Personen ohne Parteibindung (35%) und den Anhängerschaften anderer Parteien (30%) sicherte das die Nein-Mehrheit. Ausschlaggebend für die Mehrheit war aber insbesondere die Geschlossenheit der linken Stimmenden. Anhängerschaften der Mitte, der FDP und der SVP folgten mindestens zu zwei Dritteln den jeweiligen Ja-Parolen der Delegierten.

Das **VERTRAUEN** in die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite folgt entsprechend der Erwartung der politischen Orientierung und determiniert den Stimmenscheid ebenfalls stark mit: Je höher das Vertrauen in die Gewerkschaften und je geringer dasjenige in die Wirtschaftsverbände oder Konzerne, desto eher stimmte jemand Nein.

Etwas weniger polarisiert ist die Situation bei den **WERTEHALTUNGEN**. Sie fielen damit weniger stark ins Gewicht als die politischen Orientierungen, sind aber erneut kongruent zur politischen Orientierung. Wer einen stark ausgebauten Sozialstaat wünscht, hat eher Nein gestimmt. Ebenfalls hat Nein gestimmt, wer sich mehr Staatseingriffe wünscht.

Tabelle 28: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	48.0	1944	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=-.54***
linksausen (0-2)	7	231	± 3.3
links (3-4)	22	395	± 4.1
Mitte (5)	55	494	± 4.4
rechts (6-7)	73	445	± 4.1
rechtsausen (8-10)	82	241	± 4.8

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Parteisympathie			V=.57***
SVP	73	310	± 5
FDP	85	331	± 3.9
Die Mitte	66	237	± 6
GLP	43	157	± 7.8
SP	15	337	± 3.8
Grüne	7	142	± 4.3
andere Partei	30	96	± 9.2
keine	35	166	± 7.3
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			V=.41***
sehr gering bis gering (0-4)	28	801	± 3.1
mittel (5)	53	477	± 4.5
hoch (6-7)	71	361	± 4.7
sehr hoch (8-10)	83	165	± 5.8
Vertrauen in Gewerkschaften			V=.32***
sehr gering bis gering (0-4)	66	730	± 3.4
mittel (5)	46	443	± 4.6
hoch (6-7)	34	437	± 4.4
sehr hoch (8-10)	24	236	± 5.5
Vertrauen in Grosskonzerne			V=.35***
sehr gering bis gering (0-4)	34	1044	± 2.9
mittel (5)	61	484	± 4.4
hoch (6-7)	74	229	± 5.7
sehr hoch (8-10)	85	92	± 7.3
Wertehaltung: "eine Schweiz mit einem stark ausgebauten Sozialstaat oder eine Schweiz mit einem gering ausgebauten Sozialstaat"			V=.31***
stark ausgebauter Sozialstaat	33	927	± 3
gemischte Wertehaltung	55	718	± 3.6
gering ausgebauter Sozialstaat	79	198	± 5.7
Wertehaltung: "eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft oder eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt"			V=.39***
mehr Staatseingriffe	17	396	± 3.7
gemischte Wertehaltung	47	754	± 3.6
mehr Wettbewerb	70	608	± 3.7

INSGESAMT determinierten das **ALTER** und das **GESCHLECHT** den Stimmentscheid auf Ebene gesellschaftlicher Gruppen teilweise mit. Deutlich schwächer war der Zusammenhang mit dem **BILDUNGSHINTERGRUND** und dem **EINKOMMEN**.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass **JÜNGERE UND PERSONEN IM MITTLEREN ALTER** mehrheitlich gegen die Vorlage stimmten. Einzig Personen im Alter von 70 Jahren und darüber votierten deutlich für die teilweise Aufhebung der Verrechnungssteuer. **FRAUEN** lehnten die Vorlage recht deutlich ab, und Männer nahmen sie an. Bei dieser Vorlage siegten somit die Frauen über die Männer. Die Schichtzugehörigkeit zeigt sich vor allem entlang des Haushaltseinkommens. Je höher dieses ausfiel, desto eher stimmte eine Person auch für die Vorlage.

Tabelle 29: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	48.0	1944	
Alter			V=.18***
18-29 Jahre	40	180	± 7.2
30-39 Jahre	38	208	± 6.6
40-49 Jahre	47	275	± 5.9
50-59 Jahre	42	436	± 4.6
60-69 Jahre	45	408	± 4.8
70 Jahre und älter	63	437	± 4.5
Geschlecht			V=.16***
Frauen	40	919	± 3.2
Männer	56	1025	± 3
Bildungsgrad			V=.04
ohne nachobligatorische Bildung	53	174	± 7.4
berufliche Grundbildung/Berufslehre	49	604	± 4
Maturität/höhere Berufsbildung	48	546	± 4.2
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	45	555	± 4.1
Haushaltseinkommen			V=.09
bis 3'000 CHF	40	70	± 11.6
3'000-5'000 CHF	49	238	± 6.4
5'000-7'000 CHF	41	303	± 5.6
7'000-9'000 CHF	50	297	± 5.7
9'000-11'000 CHF	44	260	± 6
über 11'000 CHF	52	534	± 4.2

8.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei lassen sich drei Kategorien unterscheiden. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 30) bringen in erster Linie den Wunsch nach einem **STARKEN WIRTSCHAFTSSTANDORT** zum Ausdruck. Dahinter folgt die etwas konkretere Kategorie im Bereich der **STEUERN**. Schliesslich war für gewisse Ja-Stimmende als Motiv relevant, dass **FIRMEN PROFITIEREN**. Die Motivlage für das Ja präsentiert sich damit abstrakt. Kaum ins Gewicht fiel beispielsweise die Argumentation mit Arbeitsplätzen in der Schweiz.

Bei den drei Hauptkategorien wurden gewisse Motivationen besonders häufig genannt: In der Kategorie "**STARKER WIRTSCHAFTSSTANDORT**" ging es vielfach um die Unterstützung der Wirtschaft an sich (8% aller Erstnennungen, respektive 11% aller Nennungen), die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts (49% resp. 6%) oder die drohende Abwanderung von Unternehmen (3% resp. 4%).

Bei den **STEUERN** ging es um höhere Einnahmen (4% resp. 7%), die Verhinderung von Steuergeschenken ans Ausland (3% resp. 4%), und die Kritik an der Verrechnungssteuer an sich (3% resp. 3%).

Tabelle 30: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
starker Wirtschaftsstandort	23	197	34	284
Unterstützung Schweizer Wirtschaft/Finanzplatz	8	61	11	87
Attraktivität der Schweiz/des Wirtschaftsstandorts	4	31	6	47
Abwanderung von Unternehmen/Kunden/Investoren ins Ausland	3	29	4	35
Steuern	12	92	16	129
Mehr (Steuer-)Einnahmen/langfristig höhere Steuereinnahmen	4	33	7	53
Steuergeschenke ans Ausland stoppen	3	20	4	26
Verrechnungssteuer ist veraltet/unnötig	3	28	3	31
Firmen profitieren	3	28	5	41
Administrativen Aufwand mindern	2	16	3	26
KMU profitieren	1	8	1	9
Kleinere/mittlere Unternehmen unterstützen	0	1	1	3
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	2	26	4	38
Anderes	0	1	0	3
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	2	18	2	21
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	11	83	13	94
weiss nicht / kein Grund angegeben	47	442	89	794

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** spiegeln konkrete Kritikachsen an der Vorlage wider. Als Hauptkategorien lassen sich **KONZERNE PROFITIEREN EINSEITIG** (15% aller Erstnennungen, respektive 23% aller Nennungen), **BEVÖLKERUNG VERLIERT** (13% resp. 19%) und **STEUERN** unterscheiden.

Der Profit der **KONZERNE** bezog sich meist auf Grosskonzerne, Banken und/oder Versicherungen (10% resp. 13%), aber auch ausländische Anlegerinnen und Anleger als Profiteure (2% resp. 4%) sowie generell der Wunsch nach keinen Steuergeschenken (2% resp. 3%) wurden als Motiv genannt.

Vielfach wurde befürchtet, dass die **BEVÖLKERUNG VERLIERT**: Konkret wurde als Nein-Motiv genannt, dass die Bevölkerung resp. die Normalbürgerschaft die Differenz bezahlt (3% resp. 4%), dass der Steuerausfall zu gross würde (3% resp. 3%) oder dass die Entlastung der Unternehmen durch Normalbürger bezahlt werden (1% resp. 2%).

Im Bereich der **STEUERN** wurde die Gefahr von Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug vielfach genannt (4% resp. 7%). Kritisiert wurden undurchsichtige Steuererleichterungen für Reiche (6% resp. 7%), und man zweifelt an den in Aussicht gestellten zusätzlichen Steuereinnahmen (1% resp. 2%).

Tabelle 31: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Konzerne profitieren einseitig	15	155	23	230
nur Grosskonzerne, Banken und/oder Versicherungen	10	106	13	135
ausländische Anlegerinnen und Anleger profitieren	2	22	4	33
keine Steuergeschenke (an Konzerne)	2	18	3	31
Bevölkerung verliert	13	125	19	180
Bevölkerung zahlt Differenz/Normalbürger bezahlen	3	20	4	30
Steuerausfall zu gross	3	29	3	33
Unternehmen werden entlastet, Normalbürger bezahlen	1	17	2	26
Steuern	13	128	18	180
Gefahr von Steuerhinterziehung/Steuerbetrug	4	52	7	76
undurchsichtige Steuererleichterung für Reiche	6	48	7	59
Mehr (Steuer-)Einnahmen nicht garantiert	1	14	2	27
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	9	88	14	127
Anderes	0	7	0	7
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	2	0	2
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	4	40	5	50
weiss nicht / kein Grund angegeben	45	512	82	901

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

8.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 32 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Änderung des Verrechnungssteuergesetzes entscheidend.

Die Stimmenscheidung war insgesamt ziemlich stark fundiert: 75 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich jeweils eher mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben auch dementsprechend gestimmt.

INSGESAMT überzeugten Kontra-Argumente mehr als Pro-Argumente. Keines der diskutierten Pro-Argumente überzeugte eine Mehrheit aller Stimmenden. Aber auch auf der Gegenseite überzeugte nur das Argument eine Mehrheit, das auf die Normalbürger zielte,.

Das **PRO-ARGUMENT** mit der höchsten Unterstützung, überzeugte gerade einmal 40 Prozent der Stimmenden. Die Argumentation zielt auf die geschaffenen Arbeitsplätze, die auch AHV und IV zukommen würden. 73 Prozent der Ja-Stimmenden stimmten diesem Argument voll oder eher zu, jedoch nur 14 Prozent der Nein-Stimmenden. 37 Prozent gingen davon aus, dass die Reform Steuergeschenke von der Schweiz ans Ausland stoppt. Eine knappe Mehrheit von 56 Prozent der Ja-Stimmenden und eine Minderheit von 23 Prozent stimmten diesem Argument zu. Das dritte Argument mit der Aussicht auf langfristige Steuervorteile überzeugte 34 Prozent und polarisierte etwas zwischen der Ja-Seite, die zu 65 Prozent zustimmte und der Nein-Seite, die nur gerade zu 9 Prozent den in Aussicht gestellten Steuervorteilen Glauben schenkte.

Die Überzeugungskraft der drei zur Beurteilung vorgelegten **KONTRA-ARGUMENTE** war höher, aber auch hier gab es Widerspruch. Mit 57 Prozent aller Stimmenden erreichte nur die Argumentation mit dem Verweis auf die Ungerechtigkeit, wenn der Normalbürger für Steuerentlastungen der Unternehmen bezahlen muss, eine Mehrheit. Sogar ein Drittel der Ja-Stimmenden war hier einverstanden und beachtliche 81 Prozent der Nein-Stimmenden. Die generelle Kritik an Steuererleichterungen für Unternehmen mit Folgen auf Steuern auf Lohn, Rente und Konsum wurde etwas kritischer beurteilt als das Argument mit Verweis auf die Normalbürger. 47 Prozent stimmten insgesamt zu, wovon 25 Prozent der Ja-Stimmenden und 72 Prozent der Nein-Stimmenden. Das dritte Argument lautete: "Der Abbau der Verrechnungssteuer erleichtert die Steuerkriminalität und baut ein Schlupfloch für die Unehrllichen." Es erzielte 40 Prozent Unterstützung bei allen Stimmenden; 24 Prozent bei den Ja-Stimmenden und 59 Prozent bei den Nein-Stimmenden.

Tabelle 32: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die Steuerreform schafft und sichert Arbeitsplätze in der Schweiz; davon profitieren auch AHV und IV.	Total	40	32	28
	Ja-Stimmende	73	8	19
	Nein-Stimmende	14	59	27
Die Steuerreform stoppt Steuergeschenke von der Schweiz ans Ausland.	Total	37	29	34
	Ja-Stimmende	56	19	25
	Nein-Stimmende	23	42	35
Die Steuerreform kostet zwar kurzfristig, führt aber bereits in wenigen Jahren zu höheren Steuereinnahmen.	Total	34	35	31
	Ja-Stimmende	65	13	23
	Nein-Stimmende	9	62	29
Kontra-Argumente				
Es ist ungerecht, dass Unternehmen entlastet werden und die Normalbürger dafür bezahlen.	Total	57	25	18
	Ja-Stimmende	34	51	16
	Nein-Stimmende	81	6	13
Die Steuerreform ist eine weitere Steuererleichterung für Unternehmen. Am Schluss werden nur noch unser Lohn, Rente und Konsum besteuert.	Total	47	29	24
	Ja-Stimmende	25	54	22
	Nein-Stimmende	72	9	19
Der Abbau der Verrechnungssteuer erleichtert die Steuerkriminalität und baut ein Schlupfloch für die Unehrlichen.	Total	40	29	31
	Ja-Stimmende	24	51	25
	Nein-Stimmende	59	13	28

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 40 Prozent aller Stimmenden (sowie 73% aller Ja-Stimmenden bzw. 14% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, die Steuerreform Arbeitsplätze schafft und sicher, wovon die AHV und IV profitiert. 32 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 28 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 2'327 Ja-Stimmende 887, Nein-Stimmende 1'057.

10 Anhang

10.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 25. September 2022, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 26. September und dem 11. Oktober 2022 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 33: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeber	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	26. September bis 11. Oktober 2022
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'112 (Papier: 1'274 Online: 1'838) n DCH: 1'883 n FCH: 857 n ICH: 372 (Papier: n DCH: 701 n FCH: 384 n ICH: 189 (online: n DCH: 1'182 n FCH: 473 n ICH: 183
Standardfehler	± 1.8 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

10.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

10.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmer:innen aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 10.1.4 Gewichtung).

Von den beim BFS bestellten 7'500 Adressen haben wir 7'448 erhalten sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'552 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

10.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 15. September umfasst insgesamt 3'112 Befragte (Ausschöpfung: 44%), wovon rund 61 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1'883), rund 28 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=857) und rund 12 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=371) stammen.

Tabelle 34: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	n
Bruttostichprobe SRPH	7'448
Postretouren/Verstorbene Zielpersonen	50
total gültige Adressen	7'398
Verweigerung/Abmeldungen	70
total realisierte Interviews	3'182
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	4'146
Löschungen aus Qualitätsgründen	70
final verwendete Interviews	3'112

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+23 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat beträgt -1,3 Prozentpunkte bei der Massentierhaltungsinitiative, +4,7 Prozentpunkte bei der Mehrwertsteuererhöhung, +2,9 Prozentpunkte bei der AHV-Revision und -2,4 Prozentpunkte bei der Verrechnungssteuer.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 154 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

10.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die "Unit Non Response" (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellem Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels "Hot-One-Encoding" anhand der relativen Schätzungen zu

Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrößen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für Vorlagen-spezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

10.1.5 Auswertung und Standardfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Standardfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Standardfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 35: Standardfehler

ausgewählte statistische Standardfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Standardfehler Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N = 2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

10.2 Über die Studie

10.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und für die Entscheide. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen, noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmer:innen werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#), die alten VOX-Berichte sind es bereits.

10.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch

10.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

TOBIAS KELLER

Projektleiter, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computer-gestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet



AARON VENETZ

Projektleiter Dataprojekte/Programmierer

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



OLGA JENZER

Wissenschaftliche Mitarbeiterin Data Science

✉ olga.jenzer@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Quantitative und qualitative Methoden, Visualisierungen, Recherchen



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen, Projektadministration



ROLAND REY

Mitarbeiter Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SWISS INSIGHTS**
Institute Member

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.